



öffentlich

**Betreff:**

Mitgliedschaft der Landeshauptstadt Potsdam in Verbänden und Gremien

Erstellungsdatum 16.08.2005

Eingang 902:

**Einreicher:** Fraktion SPD

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
31.08.2005	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2005 eine Aufstellung aller Verbände und Gremien vorzulegen, in denen die Landeshauptstadt Potsdam durch die Eingemeindung Mitglied geworden ist.

Die Aufstellung soll neben dem Namen des Gremiums folgende Aussagen enthalten:

- Benennung der derzeitigen städtischen Vertreter
- Aussage zur früheren Besetzung mit Gemeindevertretern vor der Eingemeindung
- Aussage, ob die Besetzung mit Stadtverordneten prinzipiell möglich ist

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag	<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:	<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zurückgezogen			

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

In der Außenvertretung der Stadt Potsdam in Gremien und Verbänden ist es üblich, die Stadtverordnetenversammlung einzubinden.

Durch die Eingemeindung ist die Stadt in Gremien Mitglied, die spezielle Interessen der neuen Ortsteile tangieren. Es sollte sichergestellt werden, dass die gewählten Vertreter wenn möglich hier die Meinung der Stadt mit vertreten. Bisher jedoch werden diese Interessen in erster Linie durch Mitarbeiter der Verwaltung wahrgenommen. Der Antrag soll die Grundlage für eine Verständigung der Stadtverordnetenversammlung zur Neubesetzung der Gremien schaffen.